

Soziale Arbeit im Kapitalismus



HART AM LIMIT



Kollegiale Handreichung für betriebliche Organisation in der Sozialen Arbeit.

Eine kollegiale Handreichung
für betriebliche Organisation
in der Sozialen Arbeit.

unwertbar.org
Hände weg vom
WEDDING!
WIDERSTÄNDIGE UND SOLIDARISCHE KIEZE ORGANISIEREN...

unwertbar.org

Die hier abgedruckten Texte wurden 2020 und 2021 von Kolleg*innen der Sozialen Arbeit in unserem monatlich stattfindenden Solidaritätstreff **„Hart am Limit – Soziale Arbeit im Kapitalismus“** gemeinsam ausführlich diskutiert und mit den eigenen Arbeitserfahrungen abgeglichen.

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmenden für die aktiven und erkenntnisreichen Diskussionen aus den diversen Bereichen der Sozialen Arbeit. Viele Erfahrungen von Betriebsratmitgliedern, aktiven Kolleg*innen und Studierenden sind in die vorliegende Texte eingeflossen.

Weitere Informationen, Termine und praktische Unterstützung des Solidaritätstreffs sowie der Stadtteilorganisation „Hände weg vom Wedding“ findet ihr unter [unverwertbar.org](http://www.unverwertbar.org)



Veröffentlicht im Juli 2021
durch die Arbeitskampfkommision
der Stadtteilorganisation „Hände weg vom Wedding“
Kontakt: www.unverwertbar.org
arbeitskampf@unverwertbar.org

Auflage: 400 Exemplare
V.i.S.d.P.: Saskia Konnowitz, Badstraße 15, 13357 Berlin

Wir bedanken uns bei den Kolleg*innen aus dem Solidaritätstreff für die redaktionelle, inhaltliche und fachliche Unterstützung bei der Erarbeitung dieser Handreichung.

Vorwort

Liebe Kolleg*innen, wir begrüßen Euch zu unserer Handreichung für Fachkräfte, Ehrenamtliche und Interessierte der Sozialen Arbeit. Ihr haltet hier nicht einfach eine weitere Fachbroschüre in der Hand, denn diese widmet sich unseren eigenen Lohnarbeitsverhältnissen. Der tägliche Arbeitswahnsinn, der auf unseren Rücken und unseren Zielgruppen ausgetragen wird, muss dringend auf den Tisch gepackt werden. Denn die schwierigen Arbeitsverhältnisse haben System.

Der Kapitalismus unterscheidet in „produktive“ und „unproduktive“ Arbeit, also beispielsweise in Arbeit, die satte Profite und Rendite für Wenige schafft. Unsere Arbeit mit und für diejenigen, die durch das Sieb unseres neoliberalisierten Alltags fallen oder zu fallen drohen, lässt sich nur schwer zu Geld machen. Aber dieses Wirtschaftssystem unterliegt den Interessen des Marktes und deren Profiteure. Und so wird auch hier, Profit aus der Not von Menschen generiert. Unter dieser Logik hat sich eine privatwirtschaftliche „Sozialindustrie“ entwickelt, die selbst aus den geringen finanziellen Förderungen der Sozialen Arbeit Geld scheffelt.

Nicht zuletzt geschieht dies auf Kosten der Beschäftigten.

Beim Blick auf den Lohnzettel wissen wir so ziemlich genau, wie groß die gesellschaftliche und wirtschaftliche Anerkennung unserer fachlichen Arbeit ist. Die Kolleg*innen der Sozialen Arbeit- und mit ihr selbstverständlich auch unsere Zielgruppen - haben einen schwierigen Stand zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen von materieller Würde.

Dabei zählen Finanzgeber*innen und „Sozialunternehmer*innen“, viele Geschäftsführer*innen und leider auch Kolleg*innen, noch immer auf unsere Überzeugungen, um prekäre Arbeitsbedingungen rechtfertigen zu können. „Überlastet, ausgebrannt, praktisch pleite“ ist nicht selten das Motto.

Die Folge sind Passivität und das Ertragen von miesen Arbeitsbedingungen, bei denen jeder Cent umgedreht werden und am Ende

des Monats bloß nicht zu viel verlangt werden soll.

Neben der notwendigen Wertschätzung der gewichtigen gesellschaftlichen Bedeutung unserer Arbeit, braucht es die Entwicklung eines Selbstbewusstseins als Arbeiter*in. Ein „danke“ oder ein lobendes Wort mit PR-Foto einer Politikerin reichen nicht und füllen wohl kaum unsere Portemonnaies. Schlechte Bezahlung, fehlende demokratische Mitbestimmungen in Trägern, dünne Personaldecken und vieles mehr sind allerdings nicht in Stein gemeißelt. Prekäre Arbeitsbedingungen sind nicht die natürliche Folge unserer „fachlichen Überzeugung“, eines „Helfersyndroms“ oder unseres „humanistischen Bewusstseins“ mit „Drang zur Selbstaufgabe“. Sie sind logische Konsequenz unserer Klassenlage als Arbeiter*innen. Und diese Lage gilt es zu heben.

Anstatt auf kleine Besserungen zu hoffen, liegt es an uns selbst für Bewegung in unserer Profession zu sorgen. Mit dieser Handreichung fangen wir an. Sie vermittelt Kraft, Wissen und politische Inspiration, um mit Kolleg*innen und im Team, in das Gespräch zu kommen und gemeinsam für kleine und große Verbesserungen zu streiten. So gehen wir in der Handreichung darauf ein, was die **Chancen und Grenzen betrieblicher Mitbestimmung in der Sozialen Arbeit (S.4)** sind. Wo sind reale Verbesserungen möglich? Wo bestehen **Interessensunterschiede zwischen Geschäftsführung und uns Beschäftigten (S.6)**? Was kann ein Betriebsrat ausrichten? Die wirtschaftliche Schieflage in der Förderung der Sozialen Arbeit hat (neoliberales) System. Darum geben wir hier **eine kurze Geschichte des Neoliberalismus und der Sozialen Arbeit (S.14)** wieder. Sie zeigt die Systematik des Abbaus finanzieller Zuwendungen und die Zurichtung der Reste des Sozialstaates zugunsten privater Profite und staatlichem Sparzwang.

Die neoliberalisierte Trägerlandschaft hat hier ihren Ursprung. Kein Wunder, dass unsere Berufszweige immer mehr mit wirtschaftlichen Erwartungen konfrontiert werden. Die bedingungslose Arbeit für Menschen orientiert sich zunehmend an der Messbarkeit und Effizienz von Warenproduktionen. Die Arbeit soll sich sprichwörtlich „lohnen“, aber für wen!? Im Interview „**How to...**“ **Wie Kol-**

leg*innen betrieblich organisieren? (S.30) sprechen wir mit dem langjährig erfahrenen, ehemaligen Kollegen aus dem Betriebsrat eines sozialen Trägers. Hier erfahren wir ganz praktisch, wie erfolgreiche Betriebsarbeit und die Einbindung von Gewerkschaften möglich ist. In der neoliberalen Vereinzelung der in zig tausenden Projekten und Einrichtungen arbeitenden Kolleg*innen braucht es kollektive Momente. Im abschließenden Beitrag **Über den Tellerrand schauen: sozialistische Kritik an der aktuellen Funktion der Sozialen Arbeit (S.40)** machen wir uns bewusst: es braucht innerhalb und außerhalb des Betriebes und des Trägers eine politische Organisation als Arbeiter*innen.

Dabei gilt es, sich von Berufsethik, Trägerverständnis und dem fachlichen Selbstbild nicht gänzlich integrieren zu lassen, sondern klare Kante gegen unzumutbare Lebens- und Arbeitsbedingungen zu zeigen.

Mit den folgenden Texten gehen wir gewappneter in die notwendigen Auseinandersetzungen in der Lohnarbeit. Sie gibt Kraft für unsere Emanzipation als Arbeiter*innen. Ob bei anbahnender Gründung eines neuen oder der Arbeit im bestehenden Betriebsrat, der Bildung einer Betriebsgruppe, dem Erheben der Stimme in der Betriebsversammlung oder im täglichen Gespräch mit Kolleg*innen: wir benennen die Dinge beim Namen und streiten für konkrete Verbesserungen.

Solidarische Grüße und ein anregendes Lesen wünscht die Stadtteilorganisation „Hände weg vom Wedding“.

1

Chancen und Grenzen betrieblicher Mitbestimmung in der Sozialen Arbeit

Soziale Arbeit
unter den Bedingungen
des kapitalistischen
Gesellschaftssystems

Ein kleiner Rückblick

Die Soziale Arbeit und die mit ihr entstandene „Sozialwirtschaft“ in Deutschland sind ein sozialdemokratisches Erbe. Die Soziale Arbeit, vor allem wenn präventiv ausgerichtet, wird meist vom Staat finanziert, um für jene Menschen Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen, die durch das „soziale Raster“ fallen. Mit ihr sollen die größten Auswirkungen des Kapitalismus, beispielsweise Armut, Obdachlosigkeit, Hunger, bestimmte Formen von (patriarchaler) Gewalt und vieles mehr eingedämmt werden. Damit werden auch jene gesellschaftlichen Triebkräfte kanalisiert, die angesichts des sozialen Elends eine Gefahr für den „reibungslosen“ Ablauf des Staatsbetriebes und des gesellschaftlichen Alltags darstellen könnten. Schließlich will der Staat das Wirtschaftssystem stabilisieren, das auch dafür mitverantwortlich ist, dass permanent prekäre Lebensverhältnisse (re-)produziert werden. Aus diesen entsteht nicht zwangsläufig eine revolutionäre Situation, jedoch können sie die Sicherheit kapitalistischer Investitionen stören.

Nicht umsonst wollen rechte Kräfte die Soziale Arbeit lieber als Ordnungs- und Kontrollkraft, inklusive der stärkeren Kooperation mit Polizei, Justiz und anderen Repressionsorganen, gestalten. Somit hatte und hat Soziale Arbeit zwei Seiten: eine pazifizierende, um aufkommende soziale Konflikte scheinbar befrieden zu können. Und zugleich will der Staat über sie politischen Einfluss auf diejenigen nehmen, die auf Hilfsangebote angewiesen sind. Diejenigen, die Soziale Arbeit als emanzipatorisches Instrument nutzen (wollen), politische Missstände gemeinsam mit den Klient*innen anzugehen, werden durch strenge politische Vorgaben und Förderbedingungen eingeeengt. Beide, Klient*innen und Arbeiter*innen der sozialen Berufe, werden nicht zuletzt diszipliniert.

Die Ausbeutung in den sozialen Berufen hat (neoliberales) System

Als wesentliche Säule des sogenannten Sozialstaates und des ihn stützenden kapitalistischen Wirtschaftssystems werden die heutigen, von kommunalen oder sogenannten freien Trägern organisierten, sozialen Dienstleistungen häufig zu gehandelten Waren.

Eine ganze Sozialindustrie, bestehend aus einer breiten Trägerlandschaft bildet sich heute um diese Dienstleistungen und steht, nicht nur in Bezug auf private oder öffentliche Fördertöpfe, in Konkurrenz zueinander.

Den Arbeiter*innen im öffentlichen Dienst wird stets vor Augen geführt, dass ein Outsourcing (Vergabe an freie Träger) oder das (partielle) Einsparen sozialer Dienstleistungen und Einrichtungen im Raum steht. Das Ganze soll der Schonung der kommunalen und staatlichen Haushalte dienen, die der Sozialen Arbeit mit ihren Angeboten meist nur geringe Fördermittel zuschlagen.

Wieviel genau, hängt häufig von politischen Konjunkturen, der herrschenden Koalition und dem Grad ihrer neoliberalen Ausrichtung, ab. Soziale Arbeit soll möglichst wenig kosten, da sie de facto keine Profite und finanziellen Mehrwerte für die kommunalen oder staatlichen Haushalte abwirft.

So manche reaktionäre Position behauptet gar: eigentlich ließe sich Soziale Arbeit überwiegend mit Ehrenamt oder gleich von Unternehmen mit ihren Charities organisieren – als Brotkrumen für die Armen. Wo die Arbeiter*innen, vor allem bei freien Trägern, in diesen Bereichen ökonomisch und gesellschaftlich stehen, weiß jede*r, der*die auf die entsprechenden, durchschnittlichen Lohnzettel schaut.

Die vielen freien Träger, in denen wir häufig arbeiten, sind vorwiegend ab den 1980ern entstanden. Dies geschah, als weite Bereiche der staatlich organisierten sozialen Daseinsfürsorge sukzessive eingespart wurden oder aus „Gründen der Kostenreduzierung“ an

diese neu entstandenen Träger übergingen. Soziale Dienste sehen sich also mit einem jahrzehntelangen Sparzwang und Privatisierungen ihrer Versorgungsleistungen konfrontiert. Gerade in Zeiten einer erwartbaren – durch die Bundesregierung und Landesregierungen verordneten – Streichung von Sozialausgaben zur Abfederung der staatlichen Neuverschuldungen im Zuge der Corona-Pandemie, kann sich die Situation in der gerade an sozialen Diensten gespart wird, noch verschärfen.

Dieser Umstand ist keine Ausnahme: im Zuge kapitalistischer Krisen und für das Kapital notwendiger Profitmaximierungen durch neue Spardiktate sind es die Arbeiter*innen der Sozialen Bereiche, die häufig als erste von Einsparungen bis hin zu Kündigungen bedroht sind.

Unsere Beschäftigungsverhältnisse sind entsprechend unsicher: befristete Arbeitsverträge, Modellprojekte mit wenigen Jahren Laufzeit, wenige Personalstellen und kaum verständliche Förderbedingungen machen eine sinnvolle Praxis in der Sozialen Arbeit schwierig.

Häufig zahlen die Träger auch nur in Anlehnung an einen Tarifvertrag oder entsprechend eines niedrigeren Haustarifvertrages, was die Lebenssituation der Sozialarbeitenden verschärft und nicht zu einer Erhöhung der Qualität der Arbeit beiträgt. Absurd ist dabei, wer als Träger die Löhne zu hoch ansetzt, wer dem Spardiktat versucht zu widerstehen, fliegt schnell aus dem Wettbewerb.

Sicherlich sind die Bedingungen in den diversen Trägern im Zuge der Ausdifferenzierung Sozialer Arbeit und der Vielzahl von entstandenen Arbeitsbereichen unterschiedlich. Eine starke Konkurrenz unter den freien Trägern um die Verteilung der ohnehin eingeschränkten Geldmittel verhindert erst recht die notwendige Solidarität unter den Arbeiter*innen.

Häufig zahlen die Träger auch nur in Anlehnung an einen Tarifvertrag.

Zur Lage der Sozialarbeitenden: überzeugt, sozial, abgebrannt

Die Zeit ist schon lange reif, dass wir uns als Beschäftigte in sozialen Berufen organisieren und die Soziale Arbeit auch als das thematisieren was sie ist: ein ganz normales Lohnarbeitsverhältnis! Tag für Tag leisten die Kolleg*innen, was physisch und psychisch möglich ist und oft noch darüber hinaus!

Zugunsten unserer Leitung und der Klient*innen nehmen wir Umwege, Überstunden, Wochenendarbeit, psychische Mehrbelastungen und noch mehr in Kauf. Oft fristen wir als unterbezahlte Koordinierungstalente unsere Werktage ab. Und dann noch Sams-tagsarbeit? Ja, bitte!

Unbezahlte Mehrarbeit, unregelmäßige Arbeitszeiten, unklar finanzierte Rufbereitschaften und Mehraufwände sowie ein individualisierter Umgang damit sorgen für entgrenzte Lohnarbeit und rauben uns die Kräfte für die notwendige Auflehnung dagegen. Unser wichtiger fachlicher und politischer Auftrag kollidiert jedoch dort, wo Arbeitsrechte, betriebliche Mitbestimmung und würdige Arbeitsverhältnisse beschnitten werden.

Darum muss das Bewusstsein als Lohnabhängige, die wir sind, wieder hergestellt werden. Dem „Brennen“ für den fachlichen Auftrag muss auch das politische Bewusstsein über die eigene Situation als Arbeiter*innen hinzugefügt werden. Ansonsten droht eine Verwischung von fachlicher Professionalität und politischem Engagement. Eine Selbstaufgabe zugunsten der Fokussierung auf die Rolle der Fachkraft wäre ansonsten Selbstverleugnung.

Unser politisches Bewusstsein darf sich daher nicht alleinig aus unserer wichtigen Arbeit speisen. Denn auch wir müssen die Zumutungen dieser kapitalistischen Gesellschaft (er-) tragen: steigende Lebenshaltungskosten wie z.B. für Wohnung, Mobilität, Essen, Erholung müssen mit vergleichsweise geringen Löhnen bestritten werden. Das gute Gefühl, das „Richtige“ zu tun, Menschen in der Not zu unterstützen, den Verwerfungen der Gesell-

schaft vorzubeugen oder sie abzumildern, ein Dankeschön vom Bezirksamt oder von der Sozialsenatorin zahlt kein Essen und keine Miete. Da hilft auch keine noch so freundliche Leitung oder Geschäftsführung.

Der Betriebsrat in seinen Grenzen

Das Minimum einer Interessenvertretung im Betrieb unter uns Kolleg*innen ist laut Betriebsverfassungsgesetz der Betriebsrat. Trotz des politischen und berufsethischen Anspruches in der Sozialen Arbeit kommt dieser - eng beschnittene aber immerhin durchaus politische - Aspekt in der Lohnarbeit, oft zu kurz. Dabei kann dieser grundsätzlich ab fünf Beschäftigten im Betrieb gegründet werden.

Es geht bei der Betriebsratsarbeit hauptsächlich darum, partielle Mitbestimmung umzusetzen und unsere Interessen als Arbeiter*innen unter den bereits benannten kapitalistischen Verhältnissen bestmöglich zu wahren. Beispielhaft ist die Mitbestimmung durch Betriebsvereinbarungen, bei Gleichstellungen, Vertretungen im Krankheitsfall, dem Entgeltsystem und so weiter.

Ziel ist es, aus der bestehenden Situation heraus gemeinsam als Lohnabhängige im Betrieb klarer für die eigenen Interessen als Arbeitnehmer*innen einzutreten. Wir sollten den Betrieb verstehen lernen und begreifen, wie er funktioniert. Doch ein Betriebsrat sichert im besten Fall die bereits erwähnten zugestandenen Rechte der demokratischen Mitbestimmung. Die Realität sieht meistens so aus: Vor allem in Krisenzeiten wird im „gemeinsamen Interesse“ auf der Leitungsebene in selbstverständlicher Manier auf eine Kooperation zwischen Betriebsrat, Geschäftsführung und Belegschaft gesetzt. Umso wichtiger ist es also, die Betriebsratsarbeit auch politisch zu führen. Das bedeutet, dass es wichtig ist, sich auch außerhalb der Betriebsratsarbeit mit Kolleg*innen zu organisieren. Eine ausschließlich formelle Betriebsratsarbeit schafft keine Veränderung.

Standhaft sein: Grundrechte bewahren

Häufig folgt bereits aus einer offenen Absichtserklärung zur Gründung eines Betriebsrates gegenüber der Geschäftsleitung, wenn nicht sowieso bereits vorhandenen, ein angespanntes Verhältnis zwischen Belegschaft und Leitung. Ein engagierter, politischer Betriebsrat macht sich häufig bei der Geschäftsführung unbeliebt. Ab diesem Punkt machen die Kolleg*innen erste Erfahrungen mit der bestehenden Hackordnung im Betrieb. Was vorher als „gutes Betriebsklima“ von der Geschäftsführung bezeichnet wurde, bestand oft auch nur in einem Mangel an Selbstbewusstsein der Belegschaft in Bezug auf das Eintreten für ihre Rechte und Interessen. Aktive Kolleg*innen werden dabei nicht zuletzt mit schärferem Ton emotional unter Druck gesetzt. Ihnen wird das Gefühl gegeben, sie hätten ein vormals gutes Verhältnis im Betrieb torpediert. Dagegen braucht es gelebte Solidarität! Rechtliche Beratung und gewerkschaftliche Begleitung für Betriebsrät*innen und andere Kolleg*innen sind hier eine wichtige Stütze. Betriebsversammlungen bieten zudem eine wichtige Plattform, Unterstützungen und Solidarität den engagierten Kolleg*innen zu geben.

Selbstverständlich gibt es auch Erfolge: Haustarifverträge in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft, klare Arbeitsprofile, Betriebsvereinbarungen zugunsten der Belegschaft geben Kraft und zeigen auf, dass sich gemeinsame Interessenvertretung „lohnt“.

Die Chancen einer Betriebsratsgründung liegen zudem in einer Arbeitsrealität, die sich aus der Solidarität unter Kolleg*innen speist und das Schaffen gemeinsamer Erfolge in den Blick nimmt. So kann die oft proklamierte Aussage seitens der Leitung „Wir sitzen alle im selben Boot“ überwunden werden. Das Verständnis, dass Lohnarbeit eben Lohnarbeit und keine chronisch unterbezahlte „Überzeugung“ ist, wird darüber entwickelt. Denn gerade in sozialen Bereichen sind die Unterschiedlichkeiten bei bestimmten Interessen zwischen Geschäftsführungen und „einfachen“ Arbei-



Streik der Erzieher*innen in Berlin 2019

ter*innen verwischt. Betriebsratsarbeit wird je nach Geschäftsführung mit vorgeblichem Wohlwollen oder Unbehagen registriert. Umso wichtiger ist es, den Betriebsrat als Kommunikationskanal für die Interessen der Belegschaft zu nutzen, um diesen eine Stimme zu geben. Jede Gründung eines Betriebsrates ist somit ein erster Schritt, der uns in Erinnerung ruft: unsere Lohnarbeit ist ein wichtiges Feld für politische Auseinandersetzungen und Organisation. Gemeinsam mit unseren Kolleg*innen inner- und außerhalb der kleinen-großen Trägerwelt.

Im zweiten Teil dieser Handreichung könnt ihr mehr über die dahinter liegende neoliberale Sparpolitik erfahren, die vor allem in den 1990er Jahren, zu den Konkurrenzverhältnissen in der (Sozial-)Wirtschaft beigetragen haben, wie wir sie heute als Beschäftigte vorfinden.

2

Kurze Geschichte des Neoliberalismus und der Sozialen Arbeit

*„Es heißt, Sozialarbeitende könnten keinen Beitrag für den sozialen Wandel leisten, denn ihre Arbeitgeber*innen bezahlen nicht für diesen Zweck. In diesem Zusammenhang ist Soziale Arbeit nur ein Reflex der herrschenden politischen Kräfte. Wenn diese Kräfte progressiv sind, dann ist es die Soziale Arbeit auch. Wenn diese Kräfte nach innen und rückwärts gewandt sind, wird Soziale Arbeit ebenfalls diesen herrschenden Interessen folgen.“*

(Kollege Marc aus dem Solidaritätstreff)

Soziale Arbeit ist, neben dem weitverbreiteten Gedanken der Gemeinnützigkeit, praktisch in die profitorientierten Anforderungen kapitalistischer Warenproduktion und Dienstleistungen eingebunden. Das bedeutet, Soziale Arbeit und ihre Dienstleistungen werden zur Ware gemacht und auf dem „freien Markt“ möglichst günstig angeboten.

Die Rahmenbedingungen, unter denen Soziale Arbeit angeboten wird, sind seit Anfang der 1990er Jahre einem massiven Spardruck ausgesetzt. Es geht für die Reste des Wohlfahrtsstaates darum, soziale Dienstleistungen möglichst „effektiv“ und günstig zu leisten, um die sozialen Folgen der staatlichen Sparmaßnahmen im Sozialbereich abzufedern.

Diese Maßnahmen wirken sich selbstverständlich aufgrund der dadurch verschärften Arbeitsbedingungen und -anforderungen auf die Kolleg*innen aus. Diese neoliberalen Entwicklungen sind logische Folge einer Ökonomisierung des Sozialwesens. Die Geschichte und der Umfang dieser Entwicklungen werden im Folgenden aufgezeigt.

Krise des Sozialstaates und neoliberaler Umbau des Sozialwesens

Die Geschichte der neoliberalen Ausrichtung Sozialer Arbeit ist von der Krise des Sozialstaates und dessen neoliberalen Umbau nicht zu trennen. Wie im Text „Chancen und Grenzen betrieblicher Mitbestimmung“ dargelegt, ist die Soziale Arbeit eine Form von Zugeständnissen des Kapitals und der herrschenden Bourgeoisie an die - durch breite Kämpfe deutlich gemachten - Forderungen der Arbeiter*innen.

Die Einführung der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung vor dem Hintergrund massiver sozialer Spannungen war ein Versuch der Schwächung der historischen Sozialdemokratie und ihrer revolutionären Forderungen. Diese Gesetzgebung hatte nicht primär die Schaffung eines würdevollen Lebens für die Arbeiter*innen zum

Ziel, sondern suchte nach einer „verbesserten Integration“ der Arbeiter*innen in die kapitalistische Produktion. Die Leistungen der nachfolgenden Sozialversicherungen (SV) reichten wiederum kaum für eine wirkliche Verbesserung des Lebens der Arbeiter*innen.

Der Zwang, unter allen Umständen die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen, konnte jedoch durch kleine Zugeständnisse in Form von Unterstützungsleistung der SV etwas abgemildert werden. Die Einführung von Krankenversicherung und Unfallversicherung sind praktische Beispiele. Die Entstehung des Sozialstaates ist also eine Antwort auf soziale Proteste und bedeutet gleichzeitig eine Konservierung der ausbeuterischen Verhältnisse im Sinne einer Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“.

Wer ist dieser Neoliberalismus?

Das als „fordistisch“ bezeichnete, auf Lohnarbeit, Kleinfamilie und Massenkonsum basierende Sozialstaatsmodell gerät ab den 1970er Jahren in eine tiefe Krise. Hintergrund sind die durch zunehmende Globalisierung und technische Entwicklungen verändernde politische und ökonomische Rahmenbedingungen. Durch die steigenden Arbeitslosenzahlen wird zu wenig Geld in die Sozialversicherung eingezahlt, gleichzeitig werden durch neue Maschinen (Computer und weitere Automatisierung der Warenproduktion) immer weniger Arbeiter*innen benötigt. Dieses Problem ist grundlegend in der kapitalistischen Produktionsweise angelegt.

Im Jahr 2000 wurden etwa dreimal soviel an Waren produziert wie zu Beginn der 1960er Jahre, bei gleichzeitig starkem Rückgang der dafür aufgewendeten Arbeitsstunden.

Was zunächst paradox erscheint, wird in der Wirtschaftstheorie als „tendenzieller Fall der Profitrate bei gleichzeitiger Ausdehnung der Masse des Profits“ oder kurz als Warenüberproduktionskrise bezeichnet und ist eine typische Krise des Kapitalismus.

An ihr zeigt sich, dass nicht für die Bedürfnisse der Menschen, sondern für die alleinige Verwertung von Kapital produziert wird.

Fordismus

...ist ein vom Kapitalisten **Henry Ford** eingeführtes Herstellungsprinzip und die auf ihn zurückgehende Produktionsweise. Die Merkmale sind Massenproduktion, Fließproduktion, ein hohes Maß an standardisierten, arbeitsteiligen Produktionsverfahren sowie die Produktion für den Massenkonsum durch die Arbeiter*innen selbst. Der Produktionsprozess ist in eine Vielzahl von Arbeitsschritten zerlegt, die durch relativ geringqualifiziertes Personal ausgeführt werden können.

Mit der Theorie des Fordismus ist ausgehend von marxistischen Grundsätzen erklärbar, wie es zur Entwicklung des Wohlfahrtsstaats anstelle des eigentlich zu erwartenden krisenhaften Zusammenbruchs des Kapitalismus kam. Die fordistischen Massenproduktionsweisen hatten die Intentionen der herrschenden Klassen, dass

1. ein höherer Teil der Warenproduktion durch die Arbeiter*innen selbst konsumiert werden können
2. durch die Konsumkraft der Arbeiter*innen die Profite der kapitalistischen Klasse weiter steigen und

darüber die regelmäßigen kapitalistischen Krisen zeitweilig überbrückt werden können

3. Arbeiter*innen sowie ihre (gewerkschaftlichen) Interessenvertretungen über die bescheidene Teilhabe am Wohlstand in die kapitalistische Ausbeutung ihrer Arbeitskraft integriert und darüber politisch geschwächt werden.

Für die Soziale Arbeit bedeutet es, dass diese an marktwirtschaftliche Sachzwänge gekoppelt wird. Schritt für Schritt wird nicht nur der Staat zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen umgebaut, sondern auch die sozialen Dienste. Erstmals ist es möglich, mit Sozialer Arbeit Profite zu erwirtschaften.

Die Beziehungen zwischen Klient*innen, Sozialarbeiter*innen sowie den Zuwendungsgeber*innen werden verformt.



Die Krise hat System!

Durch die fortschreitende Produktivkraftentwicklung und immer höhere Investitionen in Maschinen wird immer weniger Arbeitskraft benötigt. Für Produktionsmitteleigentümer*innen entsteht dadurch ein tendenzieller Fall der Profitrate.

Nach **Karl Marx** werden im Verhältnis zum inves-

tierten Gesamtkapital immer weniger Arbeiter*innen ausgebeutet, das heißt, viele verlieren ihre Arbeitsplätze. Gleichzeitig sind nur sie in der Lage, Mehrwerte und Profite für die Unternehmer*innen schaffen, auch wenn sie Maschinen oder andere Geräte dafür benötigen.

Ein weiterer Schlüsselpunkt zum Verständnis dieser Krise ist, dass zwar mehr Waren produziert werden, gleichzeitig aber die arbeitende Bevölkerung aufgrund sozialen Abstiegs und Kaufkraftverlustes zunehmend nicht in der Lage ist, die Waren zu kaufen. Die Produktionsmitteleigentümer geraten in eine ökonomische Krise und müssen ihre Betriebe verkleinern oder sogar schließen.

Diese Krise ist so grundlegend in der kapitalistischen Produktionsweise angelegt, dass der Kapitalismus abgeschafft werden müsste, um diese dauerhaft zu überwinden. Der Neoliberalismus ist also eine Gegenstrategie, die letztendlich der Sicherung des Profits und der kapitalistischen Produktion dient. Um weiterhin vielversprechende Renditen zu generieren und Profite schaffen zu können, müssen nun die Löhne gesenkt und Produktionskosten geringgehalten werden. Neoliberalismus wirkt durch Lohn- und Sozialabbau den sinkenden Profitraten entgegen und ermöglicht eine Ausdehnung der kapitalistischen Produktion auf neue (Re-)Produktionszweige, in denen profitable Investitionen möglich sind und wieder neue Arbeitskräfte benötigt werden. Der Umbau des Sozialwesens ist ein Ausdruck davon.

Durch umfassende Privatisierungen und der damit verbundenen Inwertsetzung vormals nicht-warenförmiger Bereiche, z.B. Gesundheit und soziale Dienstleistungen, dehnt sich das Kapital auf weitgehend alle Bereiche des Lebens aus.

Ausbeutung und Geschlecht

Die Soziale Arbeit wird größtenteils auch dem sogenannten Care-Sektor zugerechnet, sprich den Tätigkeiten der Pflege- und Sorgearbeit und gesellt sich damit zu den klassischen Arbeitsfeldern wie Gesundheit und Pflege.

Im Gegensatz zum weit verbreiteten Verständnis von Arbeit, werden weite Teile der Sozialen Arbeit als „unproduktiv“ degradiert. Im Care-Sektor sind Produktivitätsfortschritte und Profite nur beschränkt möglich. Entsprechend sind bezahlte Care-Tätigkeiten ständig finanziellen Einsparungen und Abwertungen ihres Berufsverständnisses/ ihrer gesellschaftlichen Rolle unterworfen.

Das findet Ausdruck in schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Sorgearbeit ist von elementarer Bedeutung für das Kapital, vor allem hinsichtlich der Reproduktion von Arbeitskraft und der Produktion und Erziehung neuer Lohnarbeiter*innen.

Es muss hervorgehoben werden, dass die Care-Arbeit zum einen (historisch) überwiegenden Anteil von Frauen* erbracht wurde/ noch immer erbracht wird. Bei vielen Tätigkeiten der Sozialen Arbeit handelt es sich traditionell um innerhalb der Familie erbrachte (unbezahlte) Reproduktionstätigkeiten. Hier sticht vor allem der Gesundheits- und Pflegebereich heraus, wo Arbeitsverhältnisse durch Illegalisierung der Arbeiter*innen bzw. der Nicht-Gewährung von Arbeitsrechten (s. häusliche 24-Stunden-Pflege durch zugewanderte Arbeitskräfte) besonders menschenverachtend sind.

Umbau des Sozialstaates

„Der allgegenwärtige Wohlfahrtsstaat, der den Menschen die Entscheidung abnimmt und sie durch immer mehr Bevormundung zu ihrem Glück zwingen will, ist nicht nur unbezahlbar. Er ist am Ende auch ineffizient und inhuman.“

(Damaliger Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), 2002)

In den 1990er Jahren waren die zentralen Argumente für den Umbau des Staates:

1. **Der Sozialstaat wäre zu teuer (Kostenargument)**
2. **Der Sozialstaat hätte kein Geld (Effektivitätsargument)**
3. **Der Sozialstaat mache die Menschen träge (Paralyse-Argument)**

Die Folge war ein umfassender Umbau des Sozialstaates zugunsten der Reichen mit einer verstärkten Umverteilungspolitik von unten nach oben, wie am Beispiel von Steuerpolitik, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, Sparmaßnahmen und anderen zu sehen ist. Aus letzteren folgten die Privatisierungen vormals öffentlicher Bereiche.

Der Sozialstaat wird weiterhin abgebaut und soziale Sicherungen dem Markt geopfert. Ein propagiertes Prinzip in diesem Zusammenhang ist das so genannte „Fördern und Fordern“. Der Beginn neoliberaler Sparpolitik begann bereits in den 1980er Jahren und wurde später zur geltenden Doktrin der herrschenden Politik.

Eine zentrale Rolle nahm hier die rot-grüne Regierung unter SPD und den Grünen mit ihrer neoliberalen Sozialgesetzgebung ab 1998 ein. Was bedeutet das für die Arbeitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit? Soziale öffentliche Aufträge wurden zunächst verstärkt an freie Träger abgegeben. Von ihnen wurde erwartet, die Leistungen kostengünstiger als der öffentliche Dienst zu erbringen. Kommunale Dienstleistungen und Einrichtungen wurden eingespart oder an Träger, von denen sich viele im Windschatten der Privatisierungen



gründeten, übergeben.

Die Träger wurden vor die Wahl gestellt, sich entweder mit den neuen Bedingungen einer Wettbewerbswirtschaft zu arrangieren oder sich in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet zu sehen. Für die Kolleg*innen bedeutete dies: Abbau von Arbeitsrechten, Ausweitung befristeter Beschäftigungsverhältnisse, Aufweichung von Tarifbindungen und vieles mehr. Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter*inneninteressen waren und sind im Sozialwesen schwach vertreten und entwickelten kaum nennenswerte Gegenwehr.

Das noch vorherrschende Verständnis dauerhafter, sozialrechtlich geschützter und tariflich bezahlter Vollzeitarbeit wird weiterhin zum Auslaufmodell. Die Ursachen liegen auch in sogenannten Arbeitsmarktreformen wie der Agenda 2010 und ihren Fortsetzungen. Diese stellten unter anderem mittels Hartz IV einen Angriff auf Arbeiter*innenrechte dar und zwingen Arbeiter*innen in prekäre Arbeitsverhältnisse zu Niedriglöhnen. Anstatt bedingungslose Grundsicherungen zu gewähren, forcieren Jobcenter Zwangsmaßnahmen unter dem Credo „Zwang zur Arbeit um jeden Preis“.

Wie sieht die neoliberale Umverteilung von unten nach oben aus?

Zwischen 1999 und 2002 flossen 2,9 Prozent mehr Steuern in die öffentlichen Kassen.

Die gezahlten Steuern auf Konsumgüter, Dienstleistungen, etc. stiegen im gleichen Zeitraum um 8,9 Prozent. Die Steuern auf Unternehmensgewinne wurden in diesem Zeitraum um 21,1 Prozent gesenkt.

Der Unternehmer*innenanteil an der Erbringung des Haushaltes für Sozialleistungen sank von 34 auf 27 Prozent. Die Belastung der privaten Haushalte dagegen stieg von 21,5 auf 31 Prozent.

Diese Trends setzen sich auch aktuell weiter fort. Angesichts der Coronakrise wird diese Umverteilung aktuell sogar beschleunigt. Der Finanzminister **Olaf Scholz (SPD)** kündigte im März 2021 an, die Unternehmenssteuer zu senken. Dies bedeutet, dass vor allem private Haushalte für die staatlichen Subventionen und Rettungsgelder zahlen sollen, während beispielsweise die Unternehmen weiterhin Dividenden an ihre Aktionär*innen ausschütten.

An diesen Beispielen wird aufgezeigt, dass Unternehmensgewinne stark ansteigen, während sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung durch entsprechend höhere Anteile an Steuern nicht nachkommen. Zugleich wurden und werden die Haushalte der Lohnabhängigen durch Inflation (am Beispiel der Lebenshaltungskosten) und Stagnation der Löhne seit Jahren zusätzlich belastet. Lohnabhängige verschulden sich weiterhin durch steigende Preise, u.a. in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Lebensmittel, etc. während Unternehmen Rekordgewinne einfahren.

Der Neoliberalismus ist eine Ursache für die soziale Deklassierung weiter Teile der Lohnabhängigen. Arbeitsplatzverlust, Verschuldung, soziale und ökonomische Armut und vieles mehr schaffen immer wieder Zielgruppen von sozial Abgestiegenen für die dauerhaft zu schlecht finanzierten Angebote der Sozialen Arbeit. Ein Teufelskreislauf.



Neoliberaler Paradigmenwechsel in der Sozialen Arbeit

Für die Soziale Arbeit bedeutet es, dass diese an marktwirtschaftliche Sachzwänge gekoppelt wird. Schritt für Schritt wird nicht nur der Staat zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen umgebaut, sondern auch die sozialen Dienste. Anstatt Daseinsfürsorge für Menschen als bedingungslos und außerhalb kapitalistischer Maßstäbe zu begreifen, setzen hier Marktlogiken ein. Erstmals ist es möglich, mit Sozialer Arbeit Profite zu erwirtschaften.

In der Praxis wird eine Dienstleistungsmentalität eingeführt. Die Beziehungen zwischen Klient*innen, Sozialarbeiter*innen sowie den Zuwendungsgeber*innen werden verformt.

Die „Kund*innenzufriedenheit“ wird als ausschlaggebend für die Legitimation und eine angenommene Messbarkeit der sozialen Dienstleistungen betrachtet. Im Sinne der betriebswirtschaftlichen Messbarkeit und Bewertung sozialer Arbeit werden folgende Mechanismen eingeführt:

- **Leistungsvereinbarungen**
- **Kund*innenorientierung**
- **Qualitätsmanagement/ -sicherung**
- **Fallzahlen, Hilfebedarfsgruppen
o.ä. als Berechnungsgrundlagen
und weitere Messbarkeitskriterien**

Deprofessionalisierungstendenzen

Ein Indikator für die gesellschaftliche Anerkennung einer Profession wie der Sozialen Arbeit ist das Ermessen, dass ihr in der Erledigung ihrer beruflichen Aufgaben zugestanden wird.

Die Soziale Arbeit, deren Ermessensspielräume nicht zuletzt durch ihre Akademisierung deutlich gewachsen sind, verliert im neoliberalen System weiter an gesellschaftspolitischer Anerkennung. Anfänglich begrüßten Fachleute die neoliberale Verwaltungsreform als Chance für eine „rationalere“ und „weniger bürokratische“ Soziale Arbeit.

Die ursprünglich aus der industriellen Warenproduktion entlehnten Begriffe wie Managementkonzepte und Normierungsverfahren, die im Zuge dieser Reformen auf die Soziale Arbeit übertragen werden sollen, grundsätzlich auf produktionswirtschaftliche Systeme ausgelegt sind und somit dem fachlichen Anspruch zuwiderlaufen. Die Weiterentwicklung der fachlichen Profession Sozialer Arbeit zugunsten der Zielgruppen ist in diesem Rahmen nicht ihr wirkliches Ziel.

Vor den neoliberalen Reformen war die Orientierung an fachlichen Handlungsprinzipien primär maßgeblich für die Qualität Sozialer Arbeit. Durch die ökonomische Perspektive entfernt sich die Aufmerksamkeit zunehmend von fachlichen Standards, weshalb in der Fachwelt auch von einer „Tendenz zur Deprofessionalisierung Sozialer Arbeit“ gesprochen wird.

Neben der (undifferenzierten) Definition von Sozialer Arbeit als Dienstleistung, der (kritiklosen) Übernahme betriebswirtschaftlicher Begriffe, wird auf die Benennung sozialer Problemlagen implizit verzichtet und somit eine Entpolitisierung Sozialer Arbeit begünstigt. Sie beschränkt sich häufig auf das Auffangen sozialer Verwerfungen, nicht aber auf die Thematisierung der Ursachen sozialer Konflikte.

**In der Praxis
wird eine
Dienstleistungs-
mentalität
eingeführt.**



**Die Beziehungen
zwischen
Klient*innen,
Sozialarbeiter*innen
sowie den Zuwen-
dungsgeber*innen
werden verformt.**

„Wenn der Klient wüsste, was gut für ihn wäre, wäre er kein Klient“

Ganz im Sinne neoliberaler Denkweisen werden die Betroffenen sozialer Probleme, die Klient*innen, selbst für ihre Situation verantwortlich gemacht. Arbeitslose werden als Versager*innen, Hartz IV-Betrüger*innen und Faulenzer*innen stigmatisiert.

Des Weiteren wird gegen „kriminelle Ausländer“, nicht engagierte Quartierbewohner*innen und „unfähige Eltern“ propagiert.

Die modernen Sozialarbeiter*innen werden, folgt man beispielsweise dem US-amerikanischen Vorbild, zugleich „Teacher, Preacher, Friend and Cop“ sein. Fachliche Handlungsbezüge werden u.a. durch sicherheitspolitische Logiken ersetzt. Die Balance aus Hilfe und Kontrolle verschiebt sich zugunsten kontrollierender Aspekte (Law and Order). Was daraus folgt ist ein Verständnis Sozialer Arbeit als „Hilfspolizei“, die eine gesellschaftliche Kontrollfunktion dort ausführen soll, wo der Staat nicht direkt interveniert.

Die von einigen staatlichen Institutionen geforderte enge Anbindung von Polizei und Sozialer Arbeit steht sinnbildlich für ihre „Versicherheitlichung“, um beispielsweise Obdachlosigkeit nicht als zu lösende, sondern aus dem Stadtbild zu verdrängende Probleme zu begreifen. Nicht zuletzt werden mit „Sozialer Arbeit“ auch jene Interessen unterstützt, die Klient*innen möglichst schnell wieder in die neoliberalisierte Arbeitswelt und damit Ausbeutung der Arbeitskraft integrieren wollen.

Die Soziale Arbeit läuft in diesem Zuge Gefahr, zu einem rein bürokratischen Verfahren, „Sicherheitsgarant“ und Exekutivkraft jener Kräfte zu werden, die sich einer Überwindung dieser Verhältnisse entgegenstellen.

Fazit

Das Geld ist nicht knapp sondern zugunsten der Reichen verteilt. Ein Beispiel: Die reichsten ein Prozent der Weltbevölkerung besaßen 2019 zusammen über 43 Prozent des weltweiten Vermögens. Soziale Ungerechtigkeit über Ausbeutung und Unterdrückung wird im Kapitalismus immer wieder geschaffen und verteidigt.

Sowohl die herrschenden politischen Kräfte als auch das Kapital haben mit dem Neoliberalismus diese Zustände weiter zugespitzt. Eine neoliberalisierte Soziale Arbeit muss aufpassen, nicht zum Feigenblatt einer fortgesetzten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben zu sein.

Die in der Sozialen Arbeit vorzufindenden Arbeitsbedingungen sind stark geprägt von Selbstausbeutung und Überlastung. Konflikte mit Geschäftsführungen, Kolleg*innen und den Arbeitsbedingungen der Träger führen häufig zu psychischen Belastungen, die vorgeblich durch ein Abwandern der Beschäftigten zu anderen Trägern gelöst werden. Notwendige betriebliche Kämpfe werden häufig nicht geführt.

Dabei sind die Bedingungen durch vorhandene Gewerkschaften und die Möglichkeit, Betriebsräte zu gründen, gut. Es sind jedoch die betrieblichen Kämpfe mit Hilfe von Betriebsräten und Gewerkschaften, für gute Arbeitsbedingungen, gegen sexuelle Belästigung und Rassismus, gegen die Einführung neuer, schlechterer Arbeitsmethoden, die tatsächlich Druck ausüben können, um die Interessen der Sozialarbeitenden durchzusetzen. Damit können wir als Beschäftigte die rein appellative Ebene an Geschäftsführungen überwinden. Gleichzeitig muss es natürlich auch auf der gesellschaftspolitischen Ebene eine konsequente Verteidigung der Interessen der Sozialarbeitenden geben.

Dies bedeutet, die Versuche Soziale Arbeit durch Polizei oder neoliberale Wirtschaftsinteressen zu vereinnahmen, auch im Sinne der Zielgruppen zu verhindern.

3

Interview: **Wie Kolleg*innen betrieblich organisieren?**

Das vorliegende Interview
wurde mit einem langjährig
erfahrenen Betriebsratskollegen
aus einem freien Träger
der Sozialen Arbeit geführt.

Lohnarbeit ist politisch. Der Neoliberalismus lässt uns bekanntlich glauben, wir säßen alle in einem Boot: Finanzgeber*innen, Geschäftsführung, leitende Angestellte und Arbeiter*innen. Wie können aktive Kolleg*innen und betriebliche Mitbestimmungsgremien wie der Betriebsrat die Bewusstseinsentwicklung und das Ausdrücken gemeinsamer Interessen der Arbeiter*innen stärken?

Das ist in der Tat schwer zu sagen. Um es einfach zu sagen: Überzeugungsarbeit leisten. Aber so einfach ist das ja dann doch nicht, wie ja die sehr begrenzte Durchsetzungsfähigkeit arbeitnehmerorientierter Interessen seit Jahrzehnten belegt. Der Neoliberalismus ist nun seit mehr als 40 Jahren die dominierende politisch-ökonomische Theorie, zuerst in den angelsächsischen Ländern mit dem neoliberalen Thatcherismus und den Reaganomics. Da aber auch zuvor die Politisierung und das Bewusstsein der sozialökonomischen Identität der Massen eher gering war, hatte es der Neoliberalismus leicht. Die veröffentlichten Meinungen taten ein übriges. Es hagelte Floskeln wie „privat vor Staat“, „Schuldenbremse“, „Fordern statt Fördern“, „wenn es dem Unternehmer gut geht, geht es auch dem Arbeiter gut“, etc. Besonders hervorgetan hat sich hier die Lobbyarbeit der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (Anm. der Redaktion: Neoliberaler Think-Tank aus Deutschland).

Die organisatorische Struktur und betriebliche Realität der Sozialen Träger ist ein Resultat dieser Entwicklungen und dieser Ideologie. Es wird aber von den Verantwortlichen gar nicht so wahrgenommen und daher auch nicht thematisiert. Solche direkten kritischen Betrachtungen des herrschenden Neoliberalismus können schnell zum Vorwurf führen, damit passe man nicht zur herrschenden Betriebskultur. Gerne stellen sich die Träger gegenüber einer öffentlichen Verwaltung innovativ und flexibel dar. Sie seien nur am Wohl der Klientinnen orientiert. Dabei blenden sie aus, dass sie im Wesentlichen die aufoktroierte Sparpolitik umsetzen. Beschäftigte in Leitungspositionen profitieren auch von diesen Verhältnissen, die Verlierer sind vielfach die anderen Beschäftigten. Aus meiner

Sicht kann ein Betriebsrat (BR) das Hintergrundwissen um diese Verhältnisse nur berücksichtigen, aber nicht direkt als Konfliktthema in die betriebspolitischen Auseinandersetzungen einbringen. Für eine direkte Thematisierung bieten sich eher Betriebsgruppen oder Hintergrundgespräche im Kolleg*innenkreis.

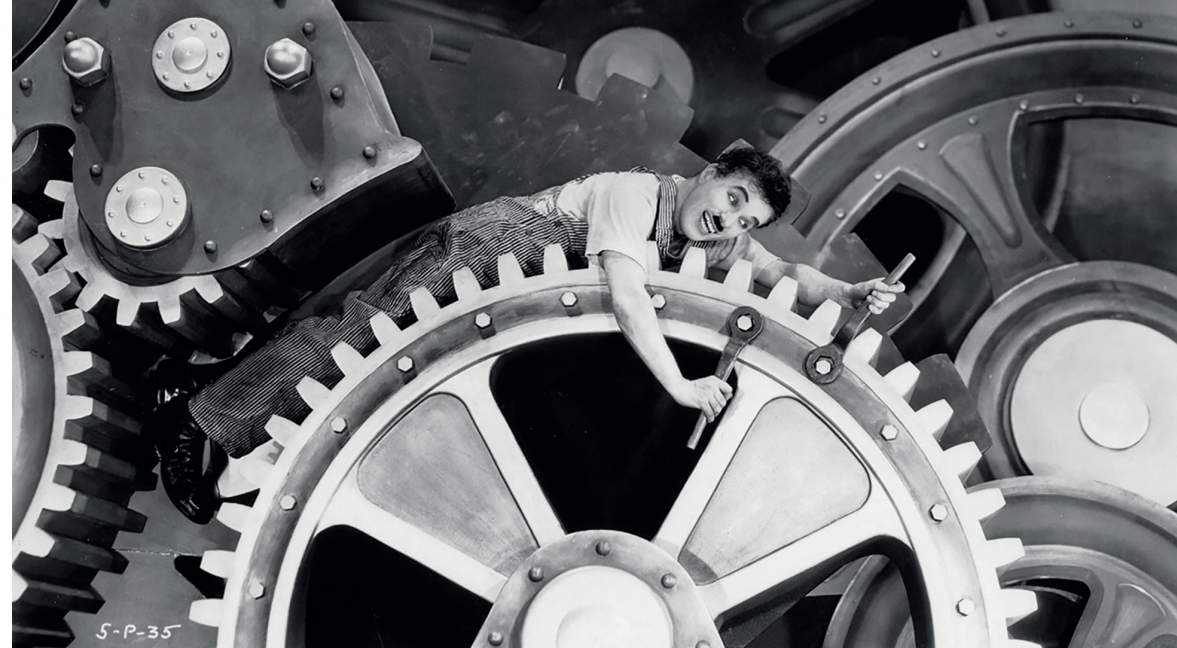
Es wäre ein Fehler und würde der eigenen Sache schaden, offen in den Konflikt mit z.B. der Geschäftsführung (GF) zu gehen und klar zu sagen, man säße nicht zusammen in einem Boot und der Träger sei nur ein Teil neoliberaler Sparpolitik. Denn als BR ist man auf eine Zusammenarbeit „zum Wohl des Betriebes“ nach §2, Abs.1 Betriebsverfassungsgesetz, verpflichtet. Die Legitimität kann man also der Arbeitgeber*innenseite leider nicht absprechen.

Gleichwohl kann und sollte man offen, auch in Betriebsversammlungen, sagen, dass es unterschiedliche bis gegensätzliche Interessenlagen zwischen Arbeitgeber*innen und Beschäftigten geben kann und der BR als parteiisches Gremium für die eigene Seite kämpft. Neben der Verhandlungsbereitschaft gibt es auch Grenzen, beispielsweise bei der Auseinandersetzung vor Arbeitsgerichten. Man weiß am Ende nicht, was man erreicht. Aber letztendlich bleibt es das berühmte langsame Bohren dicker Bretter.

Wie sieht eine konstruktive Kommunikation zwischen Betriebsrat, Gewerkschaften und Belegschaft aus?

Gute Frage! Ein BR sollte die regelmäßigen Bildungs- und Beratungsangebote der Gewerkschaften besuchen. Hier erhält man wichtige Informationen, rechtliche Beratung und schafft einen Austausch mit den Kolleg*innen anderer Träger des Sozialbereichs. Man kann sich gegenseitig z.B. über erfolgreiche Abschlüsse von Betriebsvereinbarungen informieren, dass heißt auch über die Schwierigkeiten in Verhandlungsprozessen mit der GF und die eigenen Strategien austauschen.

Betriebsversammlungen sollten zudem regelmäßig abgehalten werden, und es sollte durchaus üblich sein, hierzu auch Gewerkschaftssekretär*innen einzuladen. Die GF darf dies nicht verhin-



dern. In der Betriebsversammlung hat der BR das Hausrecht. In der betriebs-öffentlichen Kommunikation sollte der BR auch die betrieblichen Kommunikationssysteme (Mails, Newsletter, Schwarze Bretter) nutzen sowie in regelmäßigen Abständen an Teamsitzungen teilnehmen. Das heißt BR-Mitglieder können sich dazu einladen lassen oder sich selbst einladen.

Dies ist sinnvoll, um über die Arbeit des BR und erreichte Erfolge sowie Problemstellungen zu informieren, sich mit den Kolleg*innen über ihre Bedürfnisse auszutauschen und die Bedeutung der BR-Arbeit im Bewusstsein der Kolleg*innen präsent zu halten. Hier würde ich aber aus taktischen Gründen raten aufzupassen und nicht die aktuelle Verhandlungsstrategien des BR gegenüber der GF preisgeben. Dabei hat der BR auch das Recht, jederzeit die Arbeitsplätze der Kolleg*innen aufzusuchen, um mit den Kolleg*innen über die Arbeitsbedingungen zu sprechen. Dies beinhaltet beispielsweise zu enge Räumlichkeiten, Arbeitsatmosphäre, Gesundheitsschutz, etc.

(Aktive) Betriebsratskolleg:innen und Teile der Belegschaft, die Missstände im Träger ansprechen oder sich dagegen organisieren, werden häufig von Geschäftsführung und den von ihnen beeinflussten Kolleg:innen in die Mangel genommen. Nicht zuletzt werden sie eingeschüchtert und betriebliche Mitbestimmung verhindert. Was sind wichtige Erfahrungen, um ein Ausspielen von aktiven Kolleg:innen und Belegschaft zu verhindern?

Versucht euch, nicht provozieren zu lassen. Gerne wird sonst der Vorwurf der „Störung des Betriebsfriedens“ erhoben. Wichtig ist es, hier Rückhalt in der eigenen überbetrieblichen Vernetzung zu haben, sich der eigenen Position zu versichern. Die berechtigten Anliegen und Interessen der Belegschaft müssen unaufgeregt und selbstbewusst eingefordert werden. Ich halte es für einen Vorteil, wenn die Aufregung allein bei der Gegenseite verbleibt. Dies überzeugt in der Belegschaft.

Kritik, auch von arbeitgeberfreundlichen Kolleg*innen, sollte man keineswegs ausweichen, sondern hier aktiv den Diskussionsprozess führen und sich transparent und gesprächsbereit zeigen. Dabei sollte man am besten auf die Vorteile für den gesamten Betrieb hinweisen.

Betriebliche Organisationsformen, ob Gewerkschaft, Betriebsgruppe oder Betriebsrat, sind in der Sozialen Arbeit rar. Die Organisationsquoten sind noch gering. Welche Unterstützung erhalten wir, wenn wir einen Betriebsrat gründen?

Nach meiner Kenntnis sind BR gar nicht so selten, Betriebsgruppen schon eher. Dies hat meines Erachtens nach wesentlich mit der geringen Größe vieler Träger zu tun. „Man kennt sich“ und will keinen persönlichen Ärger. Wer einen BR gründen will, sollte sich genau die rechtlichen Regelungen ansehen, insbesondere das Wahlverfahren und sich hierzu beraten und schulen lassen. Auch hier wäre meiner Meinung nach der erste Weg zu den Gewerkschaften zu gehen, die sind da sehr interessiert zu helfen. Das Betriebsverfassungsgesetz setzt die Hürden zur Gründung eines BR bewusst sehr

niedrig an. Es reichen schon 5 Beschäftigte, um einen BR zu wählen und zu stellen. Wenn man erst mal BR ist, kann für spätere regelmäßige Konsultationen sich auch ein Fachanwalt für Arbeitsrecht gesucht werden. Die haben's oft richtig drauf und zahlen muss die Arbeitgeberin. Nur etwas Begründungsgeschick braucht man.

Wie fördern wir die gewerkschaftliche Organisationsroute?

In den kleineren Betrieben geht dies meiner Erfahrung nach zunächst am besten über viele Einzelgespräche. Als BR muss offiziell auf die Aufgaben und Rechte von Gewerkschaften hingewiesen werden. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass sie im Betrieb präsent sind. Der BR ist nach dem Betriebsverfassungsgesetz dazu angehalten, mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Der Hinweis darauf ist hilfreich, falls die GF versuchen, das Auftreten von Gewerkschaften als störend zu bezeichnen. Auch auf die individuellen Vorteile eines Eintritts in die Gewerkschaft wäre hinzuweisen. Mit dem Mitgliedsbeitrag gibt es auch gleichzeitig Rechtsschutzversicherung, Berufshaftpflichtversicherung, Fortbildungen und vieles mehr.

Gewerkschaftlich organisierte Betriebsgruppen sprengen die Grenzen der BR-Arbeit in tariflichen Angelegenheiten. Sie können Tarifkommissionen bilden und über die Übernahme eines Flächentarifvertrages wie dem TVL/TVöD oder 1:1 angepasst auch als Haustarifvertrag verhandeln.

Was ist für Betriebsgruppen im Träger zu tun?

Es muss derzeit wohl vor allem um den Abschluss von Tarifverträgen für die Träger gehen. Am besten ist es sich einem Flächentarifvertrag anzuschließen. Auch die Betriebsgruppen müssen sich gut beraten lassen und die eigene Durchsetzungsfähigkeit feststellen. Das heißt zu prüfen, welchen Rückhalt man in der Belegschaft genießt und welchen Druck man auf die GF ausüben kann. Erst dann kann eine Tarifkommission gebildet werden. Zur Gründung einer

BG kann man als Gewerkschaftsmitglied die zuständige Bezirksleitung der Gewerkschaft kontaktieren und sie um Unterstützung bitten. Über einen Aushang zu einem Treffen werden alle Gewerkschaftsmitglieder außerhalb des Betriebes, z.B. in den Räumlichkeiten der Gewerkschaft, eingeladen, um über die Möglichkeiten der Gründung einer Betriebsgruppe zu sprechen. Das sollte man anonym, also über die Gewerkschaft und nicht mit dem eigenen Namen machen, weil man dafür wenig rechtliche Absicherung hat und sich evtl. im Betrieb angreifbar macht. 5-10 engagierte Mitarbeiter*innen, am besten Gewerkschaftsmitglieder, wären für die Gründung einer Betriebsgruppe schon sinnvoll.

Wenn es schon eine Betriebsgruppe gibt, kann sie unter den Kolleg*innen für neue Mitglieder werben. Auf jeden Fall sollte sie eng mit dem BR zusammenarbeiten, dazu ist dieser auch verpflichtet. Wenn man durchsetzungsstark werden will, also Arbeitskampfmaßnahmen wie Streiks erfolgreich durchziehen will, sollte man nach Ansicht von erfahrenen Gewerkschaftern schon so etwa 40 Prozent der Belegschaft organisiert haben.

Was tun, wenn der Betriebsrat geschäftsführungsnah ist und kein oder wenig Raum für unsere kollektiven Interessen für bessere Arbeitsbedingungen zulässt?

Wenn der BR sich nicht grob gesetzwidrig verhält und deshalb nicht aus dem Amt geklagt werden kann, bleibt nur die eigene Kandidatur bei den nächsten Wahlen. Ist der BR nur träge oder ängstlich, kann man ihn möglicherweise durch ständige Aufforderung und Nachfragen vielleicht etwas „zum Jagen tragen“.

Betriebliche Organisation lohnt sich! Was sind praktische Erfolge, auf die Du zurückblickst?

Wir haben im Rahmen von Betriebsvereinbarungen ein insgesamt ansehnliches Vergütungssystem und Arbeitsbedingungen schaffen können, deren Durchsetzung dem BR auch großes Ansehen und Unterstützung in der Belegschaft gesichert hat.

Gute Betriebsvereinbarungen erreichten wir zu Themen wie Urlaub, Verhaltens- und Leistungskontrollen, Arbeitnehmerdatenschutz, Eingruppierungen, Neueinstellungen, Verteilung der Arbeitszeit, Überstunden, Fahrtkosten und weitere.

Durch Fortbildungen, besonders im Rahmen der Ver.di – Kampagne: „Gute Arbeit“, die arbeitswissenschaftliche Kompetenzen vermittelten, konnten auf die Gestaltungen der Arbeitsbedingungen schon gewissen Einfluss genommen werden.

Wo sind die objektiven Grenzen vom Betriebsrat?

Die Grenzen ergeben sich aus dem Betriebsverfassungsgesetz. Der BR darf eigentlich gar keine tariflichen Themen verhandeln, denn dies ist nur den Gewerkschaften vorbehalten.

Der BR kann im Grunde nur Verteilungsfragen mitbestimmen. Er kann nicht über die Gesamthöhe der für die Gehälter bestimmten Geldsumme mitbestimmen. Er kann nur mitbestimmen, in welchen Relationen die Gehälter einer Tabelle zueinanderstehen und wie viele Gruppen und Stufen eine Tabelle enthält. Auch über eventuelle Prämien und Gratifikationen entscheidet die GF allein, der BR kann wieder nur über die Verteilung erzwingbar mitbestimmen.

Da ohne Tarifvertrag die GF alleine entscheidet, kann der BR hier nur versuchen, seinen appellierenden Einfluss bei der GF auszuüben, damit sich diese zu besseren Betriebsvereinbarungen bereit zeigt. Die GF gibt sich manchmal etwas entgegenkommend, den sie will häufig auch keine Zuspitzung, weil letztendlich vielleicht doch das Teufelszeug eines Tarifvertrags drohen könnte. Der BR tritt hier jedenfalls, wie es ein Anwalt uns mal direkt sagte, als „Bittsteller“ auf.

Es muss derzeit wohl vor allem um den Abschluss von Tarifverträgen für die Träger gehen. Am besten ist es sich einem Flächentarifvertrag anzuschließen.



Sozialstreik in Wien, November 2019

Durch anwaltliche Beratung kann man hier und da rechtliche Begründungen für Ansprüche finden und herleiten. Die bedeutet die GF mit ihren rechtlichen Verstößen zu konfrontieren und sie zu einem entgegenkommenden Verhalten zu zwingen. Hier besitzt man ein Druckmittel.

Neben den Auseinandersetzungen im Betrieb sind es die Kämpfe der Zielgruppen, die um gesellschaftliche Würde streiten. Was sind die Erfahrungen, wie Kämpfe hier zusammengeführt werden?

Hier kann man gemeinsame Interessenlagen betonen. Wir bewegen uns in einem Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Klient*innen nehmen ihre Rechte auf Nachteilsausgleiche im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme in Anspruch und haben es dabei mit der Widersprüchlichkeit eines Systems zu tun, das immer auch eine Neigung hat, von unten nach oben zu verteilen.

Die professionellen „Helfer“ könnten feststellen, dass sie die Klient*innen letztlich mitbefähigen, die Härten ihrer Lebensbe-

dingungen einigermaßen erträglich empfinden zu können. Die Lebensrisiken bringen es mit sich, dass jede*r, auch die Helfenden, auf die soziale Daseinsvorsorge angewiesen sein kann. Außer vielleicht die Wohlhabenden.

Entsprechend wird auch das Personal der Sozialberufe nicht gerade gesellschaftlich wertgeschätzt. Es wird schlecht entlohnt und teilweise in outgesourcten Bereichen der Daseinsvorsorge beschäftigt. Diese Zusammenhänge kann man aus meiner Erfahrung durchaus auch in einzelnen Gesprächen mit Klient*innen mal zur Sprache bringen. Gerade wenn es einmal um Schuldfragen und Ursachen von prekären Lebenssituationen geht.

Professionelle, Gewerkschaften und Sozialverbände sollten verstärkt gemeinsam für die Ausweitung der Daseinsvorsorge und angemessene Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten eintreten. Auch im Interesse der Gesamtgesellschaft. Ein vor einigen Jahren in der Berliner TU stattgefundener „Umverteilungs-Kongress“ ist für mich da ein gutes Beispiel.

Die Sozialverbände sind aber manchmal in einer zwiespältigen Rolle, da sie eben auch Arbeitgeber sind. In Berlin ist mir der der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPW) manchmal unangenehm aufgefallen, während die Bundesspitze meiner Meinung nach einen guten Job macht.

Aktiv könnten überbetrieblich vernetzte BR und Gewerkschaftsgruppierungen gemeinsam die Verbandsspitzen oder Landesvertretungen der Verbände einladen (DPW, Sozialverband Deutschland, die Volkssolidarität, das Rote Kreuz, etc.), um mit ihnen zu besprechen, wie sie sich für bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung, bessere Ausstattung der Träger etc. einsetzen können bzw. wie man gemeinsam dafür kämpfen kann.

Kirchliche Träger kommen hier derzeit leider nicht in Betracht, da sie sich Tarifverträgen grundsätzlich verweigern. Formen könnten gemeinsame Veranstaltungen, Demos, auch Streiks sein.



4

Debatte Über den Tellerrand schauen: sozialistische Kritik an der aktuellen Funktion der Sozialen Arbeit

Der Frust und die Resignation über die in dieser Handreichung beschriebenen Barrieren, die Kolleg*innen in den jeweiligen Handlungsfeldern früher oder später begegnen, sind trotz aller durchdringender Beschäftigung mit gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen unvermeidbare Desillusionierungserfahrungen. Diese Enttäuschungen führen entweder ins „Burn Out“ oder sollen, als „kompetenzfördernde Herausforderungen“ betrachtet, die eigene Karriere befördern.

Das Wissen über die Begrenztheit der eigenen Arbeit kann einerseits dazu führen, die gesellschaftliche Integration zu verbessern, man fühlt sich jetzt als erfahrene*r und kritische*r Sozialarbeiter*in. Man schlängelt sich halt so durch den Arbeitsalltag und beschwert wird sich – wenn überhaupt – nur noch über fehlende finanzielle Zuwendungen. Dabei sind die wenigen finanziellen Mittel, Ressourcen und das knappe Personal im Projekt oder beim Träger, nur die offensichtlichsten Mängelerscheinungen.

Positive Evaluierungsergebnisse in Teamrunden oder Supervisionen, geglückte Hilfen wie Integration, Prävention oder interinstitutionelle Vermittlung, lenken die Kolleg*innen oft von den alltäglichen Konfrontationen mit Symptomen und Krisenerscheinungen der gesellschaftlichen Realität ab.

Auf Augenhöhe stecken geblieben

Die Idee, dass soziale Problemlagen von den Betroffenen selbst gelöst werden können, indem wir diese befähigen das richtige Bewusstsein zu entwickeln, um ihre Situation und die Wirklichkeit um sie herum zu erkennen und in ihrem Sinne verändern zu können, ist für viele Kolleg*innen immer noch ein Ideal ihrer Arbeit.

Das Wissen um unsere gesellschaftliche Wirklichkeit, nämlich darüber, dass die Verhältnisse, in denen wir täglich arbeiten sollen sowie die Beziehungen zu unseren Kolleg*innen, Produkte einer Wirtschaftsweise sind, die auf Konkurrenz und Profitmaximierung basierend, verfestigt sich gleichzeitig in unserem eigenen Denken

und Handeln als bekannter, aber scheinbar nicht veränderbarer Zustand. Materielle Grundlage für unsere sozialen Beziehungen und deren Entwicklung, in und außerhalb unserer Träger und Einrichtungen, ist immer noch die kapitalistische Produktionsweise.

Kapitalismus bedeutet für die Mehrheit der Bevölkerung prinzipielle Unsicherheit und Abhängigkeit vom kapitalistischen Arbeitsmarkt und dass sie ihre Ware Arbeitskraft verkaufen muss.

Die Spielregeln für gesellschaftliche Veränderung sind in dieser Wirtschaftsweise festgeschrieben und die Spielräume zur Veränderung der individuellen Situation aus eigener Kraft erschreckend gering. Das gilt auch für die Soziale Arbeit. Sozialarbeitende arbeiten in dem Widerspruch, dass sie die (soziale) Arbeit leisten, aber nur sehr begrenzten Einfluss auf die Ziele, Bedingungen und Resultate der Arbeit haben. Gesellschaftlich ausgeschlossen und individuell isoliert stehen die Zielgruppen der sozialen Arbeit. Diese wurden aus unterschiedlichsten Gründen sozial deklassiert und sind meist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. Es sind Personen, die extrem unsichere und schlechte Jobs machen müssen, so dass sie auf spezifische Formen staatlicher Sozialleistungen angewiesen sind
2. Es sind Arbeitslose, die durch die kapitalistischen Krisen hervorgebracht werden und - wenn überhaupt - meist nur zeitweilig und unregelmäßig Beschäftigung finden
3. Es sind Personen, die unter völliger Verarmung leiden müssen

Der Unterschied zwischen Sozialarbeitenden und Zielgruppen (als Lohnarbeiter*innen) ist, dass die Klient*innen meist nicht in der Lage sind, ihre Existenz eigenständig zu sichern und dadurch von einer aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind.

Aber sonst geht's gut, ja?!

Die Funktion Sozialer Arbeit im Neoliberalismus als Feigenblatt eines profitorientierten bürgerlichen Sozialstaates, haben wir bereits im dritten Teil dieser Handreichung angeschnitten. (S. 30) Die Widersprüchlichkeiten der sozialarbeiterischen Tätigkeiten sind für uns im täglichen Spar-Regime erfahrbar. Entgegen des gesellschaftlichen Zeitgeistes kann soziale Arbeit, aber auch soziale Bewegungen hervorbringen. Tatsächlich werden jedoch fortschrittliche Konzepte und Methoden vereinnahmt und instrumentalisiert.

Im Rahmen von Partizipationsprogrammen wird eine Illusion von Mitbestimmung und Demokratie geschaffen, z.B. in der Form von Quartiersräten in Stadtteilen. Sie suggerieren ein soziales Miteinander in einer Welt, die ohne materielle Ansprüche (gerechte Wohnraum- und Gesundheitsversorgung oder Lohn) auskäme oder die materiellen Widersprüche weniger gewichtig seien.

Unter den Vorzeichen gesellschaftlicher Teilhabe schaffen Akteur*innen der sozialen Arbeit, im Rahmen von Projekten wie Kiezläufertreffen und Spritzensammler*innen prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Die Arbeitsbedingungen unterschreiten dabei sogar noch die Standards der outgesourcten und befristeten Niedriglohnjobs.

Ist Soziale Arbeit unter diesen Vorzeichen also systemrelevant? Ja, auf jeden Fall! Die Soziale Arbeit ist systemrelevant, weil sie die verletzlichsten Gruppen der Gesellschaft mit dem (Über-)Lebensnotwendigsten versorgt. Das größte Elend wird aufgefangen, um als System nicht in eine gesellschaftliche Moralkrise zu stürzen bzw. ein schlechtes Gewissen haben zu müssen.

Dass diese gesellschaftliche und systemische Realität eine hohe Fluktuation von anfangs hochengagierten, später ausgebrannten oder ins System eingeehten Kolleg*innen zurücklässt, sollte niemanden verwundern. Sie sind Paradebeispiele für die Abhängigkeit der individuellen Entwicklung von den Produktionsverhältnissen und den daraus von Widersprüchlichkeiten geprägten Lebensbe-

dingungen. Wenn Soziale Arbeit dem gesellschaftlichen Zeitgeist folgt, sich entpolitisiert und nur noch als Dienstleistung betrachtet wird, ist das sozialarbeiterische (qualifizierte) Personal mit dem der Zielgruppe beliebig und jederzeit austauschbar. Eine perfide Realität, die wir teilweise in der Besetzung von Stellen im Jobcenter durch ehemalige Erwerbslose beobachten können.

Von der Mitmachfalle zum Widerstand

Anzuerkennen, dass die eigene Praxis, z.B. in der offenen Nachbarschaftshilfe, statt echter demokratischer Beteiligung eher einer sich selbstüberschlagenden Mitmachzirkus gleicht, wäre ein wichtiger Schritt. Die reale Begrenztheit solcher Mitmach-Angebote, ebenfalls. Schließlich kann jeder, auch Sozialarbeitende, in die Situation kommen, vielleicht über so ein Angebot „integriert“ zu werden. Das Schlimmste dabei: wir haben aufgrund der materiellen Zwänge keine Wahl, selbst wenn wir diese Logik als Fachkräfte oder Klient*innen kritisch durchschauen und entlarven können. Zwar bedarf es im erheblichen Maße einer Politisierung Sozialer Arbeit, jedoch verbleibt sie als Vermittler von gesellschaftlicher Kritik nicht mal auf halbem Wege stecken. Nämlich, wenn die eigene betriebliche Organisierungsperspektive und damit ein erkämpftes Grundrecht zum Widerstand gegen die bereits erwähnten materiellen Zwänge – oft aus Mangel an Kraft und Zeit – nicht weiterverfolgt werden kann oder wissentlich ausgespart wird.

Gute Arbeitsbedingungen, betriebliche Mitbestimmung und eine kämpferische Gewerkschaft oder politische Betriebsgruppen bilden die Grundlage für mögliche gemeinsame Kämpfe, z.B. im Rahmen eines Aufbaus sozialer Bewegungen. Der Widerspruch gegenüber den staatlichen Institutionen und unserer Leitung ist dabei offensichtlich, denn diese sozialen Bewegungen sind nicht intendiert. Die Geldgeber*innen schaffen die Basis für ein System, in dem unsere Arbeit notwendig bleibt und unerträglich ist.

Unsere Arbeit: irrelevant

Die Notwendigkeit der Abschaffung der bestehenden Verhältnisse liegt auf der Hand. Doch was bleibt von der Sozialen Arbeit, wenn die sozialen Problemlagen, welche ihr Anlass zum Handeln geben, überwunden werden? Konkreter: wenn nicht mehr der Profit, sondern der Mensch in den Fokus der (Re-)Produktion und Politik gestellt wird? Eine beschreibende Ausgestaltung der Handlungsfelder Sozialer Arbeit, wie wir sie kennen, kann angesichts der Aufgabe einer ungeheuren sozialen und ökonomischen Umwälzung kaum erbracht werden. Es verbleibt bei momentan nicht greifbaren, utopischen Vorstellungen. Umreißen können wir das Ziel: In der uns bekannten Funktion als Sozialarbeiter*innen, in der fachlichen Ausdifferenzierung und Isolation, endlich nicht mehr systemrelevant sein zu müssen.

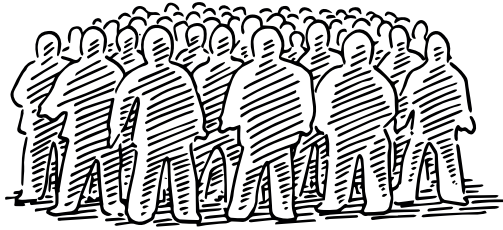
Andererseits haben wir auch heute bereits gemeinsame Mittel in der Hand, um das Kleine mit dem Großen zu verbinden, und zwar unsere Lohnabhängigkeit in Form unserer widersprüchlichen Tätigkeit als Sozialarbeiter*in. Wir arbeiten für diese Träger, also sind wir diese Träger! Nicht seine Unternehmenspolitik, nicht seine Rechnungslegung und auch nicht seine eingetragene Leitung. Wir sind ein, wenn nicht sogar der, Kostenfaktor und die Ressource für den laufenden Betrieb. Ohne uns läuft hier nichts.

Im Grunde können sich die direkt verantwortlichen Politiker*innen in ihren Ressorts und unsere Leitungskräfte freuen, wenn unsere Macht lediglich lediglich in einem Streik mündet.

Als politische Sozialarbeiter*innen sind das nämlich die Hebel, die nicht nur unsere Forderungen nach besserem Lohn und guten Arbeitsbedingungen durchzusetzen helfen können. Die aktive Organisation, im Betrieb mit den Kolleg*innen ist ein demokratisches und effektives Instrument, um eigene sozialpolitische Pläne und Forderungen mit einer Stimme im Kolleg*innenkreis durchzubringen. Mit einer solchen Perspektive verkommt der politische und ethische Anspruch an unsere Praxis nicht zur Phrase, sondern setzt völlig neue gesellschaftliche Vorzeichen.



Ihr wollt euch überbetrieblich zusammen mit Kolleg*innen austauschen, vernetzen und organisieren?



SOLIDARITÄTSTREFF
HART AM LIMIT
SOZIALE ARBEIT IM KAPITALISMUS



Einmal in Monat
Kiezhaus Agnes Reinhold
Afrikanische Straße 74
Berlin-Wedding

Mehr Infos
unverwertbar.org